

# Deutschland in der Revolution von 1848

## Überblicksinformationen

### Voraussetzungen 1815 – 1848

### Die wesentlichen geistig-politischen Strömungen des Zeitalters

**Liberalismus:** politische Reformbewegung, will in Deutschland Freiheit, Gleichheit und Einheit verwirklichen. Konkret: Begrenzung der monarchischen Rechte durch eine Verfassung, Volksvertretungen, gewählt von den selbständigen bürgerlichen Mittelschichten, mit dem Recht der Gesetzgebung und der Bestimmung über das Budget; Pressefreiheit und andere Grundrechte; Bindung der fürstlichen Regierung an die Gesetze; Unabhängigkeit der Richter, Gewaltenteilung. Ziel war also nicht die Absetzung der Fürsten und die Einführung einer Republik, sondern die Teilung der Macht mit den Monarchen in einer konstitutionellen Monarchie, Rechtsstaat und Nationalstaat („Einigkeit und Recht und Freiheit“). Die Liberalen verstehen sich wie die Demokraten meist als Anhänger der Ideen von 1789, wollen ihre Ziele aber nicht revolutionär, sondern über die Aufklärung des Volkes mittels freier Presse und anderer Formen der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Arbeit in den Länderparlamenten erreichen. Soziale Basis: Bildungsbürgertum, insbesondere Studenten und Professoren, teilweise auch das neue Wirtschaftsbürgertum, Kleinbürgertum, regional auch Bauern.

**Demokraten** (in der Sprache der Zeit: „Entschiedene“, „Radikale“): bilden sich verstärkt seit 1832/1840 aufgrund der ständigen Unterdrückung und der Enttäuschung über die mangelnden Erfolge der Liberalen und aufgrund wirtschaftlicher Krisen. In Opposition gegen die Monarchie wie die Liberalen, aber auf der Basis der Forderung nach dem allgemeinen (Männer-)Wahlrecht und weiter gehenden politischen Zielen

bis hin zur Forderung nach Republik. Die Linke innerhalb der demokratischen Bewegung bekennt sich auch zur Revolution als Mittel zur Erreichung der Ziele. Soziale Basis: jüngere Intellektuelle mit unsicherer materieller Existenz (Journalisten u. Ä.); Kleinbürgertum.

**Nationalismus, Nationalbewegung:** will Deutschland zum Nationalstaat machen, d. h. die deutschen Einzelstaaten einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Regierung unterstellen, mit Ausnahme einiger Demokraten ohne die Einzelstaaten selbst aufzulösen. Nationale und liberale bzw. demokratische Opposition gegen absolute Fürstenherrschaft und waren inhaltlich und personell weitgehend identisch. Mit Hilfe einer gesamtdeutschen Verfassung sollten beide Ziele, die Freiheit und die Einheit, gleichzeitig verwirklicht werden.

**Konservatismus:** Verteidigung traditioneller monarchischer Autorität gegen Liberale und Demokraten; grundsätzliche Gegnerschaft zu den Ideen von 1789, Betonung des Gottesgnadentums gegenüber dem Gedanken der Volkssouveränität, der Fürstengewalt gegenüber der konstitutionellen Monarchie oder gar Republik, der Gemeinschaftsbindung gegenüber den Rechten des Individuums. Anhänger: Monarchen, Adel, teilweise Beamte; die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch zahlreichen unpolitischen „Untertanen“ aller Schichten standen am ehesten konservativen Überzeugungen nahe.

**Grundkonflikt des Zeitalters 1815 – 1848:** Auseinandersetzung zwischen Liberalen, Demokraten und Anhängern der Nationalbewegung einerseits; Monarchie, Staat und Konservativen andererseits; in der – liberalen - Sprache der Zeit: zwischen „Fortschritt“ und „Beharrung“.

**Epochenbegriffe für 1815 –1818 48:** „Restaurationszeit“ (zur Kennzeichnung der konservativen Herrschaft), „Vormärz“ (insbesondere ab 1830 oder 1840 zur Kennzeichnung der auf die „Märzereignisse“ der Revolution von 1848 zulaufenden Tendenz)

## Wesentliche Ereignisse 1815-1847

**1815: Deutscher Bund** im Rahmen der europäischen Ordnung des Wiener Kongresses

Viele Deutschen, gerade diejenigen, die bei der Befreiung Deutschlands von der Herrschaft Napoleons mitgekämpft hatten, wünschten sich von der Neuordnung nach dem Zusammenbruch der französischen Hegemonie die Errichtung eines kräftigen deutschen Nationalstaates. Stattdessen kam lediglich der „Deutsche Bund“ zustande: Souveränität der insgesamt 42 deutschen Einzelstaaten und ihrer Monarchen, Recht jedes Staates auf eigene Außenpolitik; einziges gesetzgebendes Organ war die deutsche Bundesversammlung in Frankfurt am Main („Bundestag“). Die Bundesversammlung war ein Diplomatenkongress, in den die Monarchen der Einzelstaaten weisungsgebundene Vertreter entsandten. Dem Bund fehlten im Gegensatz zu den Wünschen der deutschen Nationalbewegung eine gemeinsame Regierung und vor allem eine Vertretung des deutschen Volkes. Die beiden deutschen Großmächte Österreich und Preußen hatten das Übergewicht über die anderen Staaten. Allerdings waren Möglichkeiten zum Ausbau im liberalen und nationalen Sinn in der Bundesakte angelegt: Lt. Art. 13 sollte jeder Staat eine „landständische“ Verfassung erhalten (was in Preußen und Österreich bis zur Revolution von 1848 nicht geschah), Art. 18 stellte die Pressefreiheit in Aussicht, Art. 19 eine Handelsunion.

**1815 – 1819: Reformtendenzen: Verfassungen** in den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt; Ausbreitung des Liberalismus an den Universitäten, insbesondere in den Burschenschaften (Studentenverbindungen, die unter anderem die Erinnerung an den Befreiungskrieg 1813 pflegten und daraus liberale und nationale Forderungen ableiteten). Diese studentische Opposition wurde u. a. im „Wartburgfest“ 1817 sichtbar. In Preußen gab es innerhalb der Regierung Auseinandersetzungen um die Einführung einer Verfassung. Österreich (politisch geleitet durch den Staatskanzler Metternich) fühlte sich aufgrund der Struktur der Habsburger-Monarchie (Vielvölkerstaat) unfähig zum Übergang zum modernen Verfassungs- und Nationalstaat und versuchte deshalb, die liberalen und nationalen Tendenzen insbesondere auf dem Gebiet des Deutschen Bundes zu bekämpfen.

**1819:** Die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue, der in den Verdacht der Unterstützung des reaktionären Russland geraten war, durch den radikalen Studenten Karl Sand gab Metternich die Möglichkeit, Preußen auf die Seite der Reformgegner zu ziehen. Beide Großmächte blieben bis zur Revolution absolutistisch und funktionierten den Deutschen Bund in ein Instrument der Unterdrückung um. Aufgrund ihrer faktischen Macht erzwangen sie, dass die „**Karlsbader Beschlüsse**“ Bundesgesetz wurden, d.

h. die Burschenschaften verboten, die Presse zensiert, liberale Professoren inhaftiert wurden u. Ä. („Demagogenverfolgung“).

**1820:** Durch die „Wiener Schlussakte“ wurde die süddeutsche Verfassungsentwicklung zwar anerkannt, konnte aber nicht mehr weiter entwickelt werden. In den folgenden Jahren wurden dort Wahlen manipuliert, so dass die Parlamente zu konservativen Instrumenten wurden.

**1830 - 1832:** Wiederaufleben des Liberalismus und Nationalismus in Deutschland im Gefolge der **Julirevolution in Frankreich** (in Frankreich Übergang zur parlamentarischen Monarchie). **Stürmische liberale Reformforderungen** in den süddeutschen Länderparlamenten; Unruhen erzwangen in einigen deutschen Mittelstaaten (z.B. Sachsen und Hannover) den Übergang zur konstitutionellen Monarchie.

**1832 Hambacher Fest:** die erste liberaldemokratische Massendemonstration der deutschen Geschichte; ca. 25 000 Menschen forderten auf der Hambacher

Burg (bayerische Rheinpfalz) Freiheit und Einheit. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde dort zum Symbol der deutschen liberaldemokratischen Nationalbewegung. Ebenso sichtbar war jedoch auch der internationale Charakter des Festes, beispielsweise an der Anwesenheit polnischer und französischer Demokraten und den Forderungen nach einer Verbindung zwischen den Freiheitskämpfern der europäischen Nationen.

**1832 – 1840:** neuerliche Beschlüsse des Deutschen Bundes unterdrückten die Bewegung wieder.

**1840:** Wiederaufleben der Bewegungspartei; **Durchbruch des Nationalismus** als Massenbewegung im Zuge der „Rheinkrise“ (Abwehr französischer Forderungen nach der Angliederung deutscher linksrheinischer Gebiete durch die Öffentlichkeit). Versuche zur Unterdrückung im Verlauf der 1840-er Jahre scheiterten häufig. Im Zuge einer tiefgehenden Wirtschaftskrise, die zu **Massenelend** führt („*Pauperismuskrise*“) wurde insbesondere 1846/47 die demokratische Bewegung gestärkt.

## Die Revolution 1848/ 1849

Auslöser: Februarrevolution in Paris (zweite Republik)

Die erste **deutsche Nationalversammlung** war die liberale Antwort auf die Unruhen. Von der liberalen Hochburg im Südwesten aus wurde die erste gesamtdeutsche Wahl organisiert (Heidelberger Aufruf u. a.) In Frankfurt trat im **April 1848** ein „**Vorparlament**“ aus bekannten liberalen und demokratischen Politikern zusammen; es lehnte zum Entsetzen der demokratischen Linken die Tagung in Permanenz, d. h. die Bildung einer revolutionären Konventsregierung, ab und wollte alles einer künftigen, regulär gewählten Nationalversammlung und einer von dieser auszuarbeitenden

Verfassung überlassen. Wahlberechtigt waren alle „selbständigen“ erwachsenen Männer in den deutschen Staaten. Zusammentritt der **Nationalversammlung** am **18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche**; Frankfurt war seit dem 15. Jahrhundert Wahl- und Krönungsort der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, das die deutsche Nationalbewegung zu dieser Zeit bereits als ein „Deutsches Reich“ interpretierte. Liberale Mehrheit in der Paulskirche, die Demokraten waren in der Minderheit, nur wenige (gemäßigte) konservative Abgeordnete. Sozial dominieren, wie in fast allen modernen Parlamenten, Bildungsbürger,

insbesondere Juristen; die Bezeichnung „Professorenparlament“ entspringt demokratischer und konservativer Polemik und ist kaum gerechtfertigt. In der Nationalversammlung bildeten sich bereits relativ feste Fraktionen.

Die Nationalversammlung wählte einen „Reichsverweser“ in Person des **Erzherzogs Johann**, trotz der bekannten liberalen Neigungen dieses Habsburger-Prinzen eine Konzession an die Monarchie und eine Vorentscheidung gegen die Republik. Johann ernannte eine aus diversen Ministern bestehende „Reichsregierung“, die nicht über Beamtenapparat, Armee oder Geld verfügte und außerhalb Frankfurts von niemandem anerkannt wurde.

Die Beratungen über die Verfassung eines zu gründenden deutschen Reiches zogen sich in der Paulskirche beinahe ein Jahr hin, immer wieder unterbrochen durch Debatten über aktuelle Vorgänge.

Unruhige Auseinandersetzung mit dem **demokratischen Radikalismus**: Schon im **April 1848** der „Hecker-Aufstand“ in **Baden**.

**Septemberunruhen in Frankfurt**: Zuspitzung im Zuge der **Schleswig-Holstein-Frage**: Herzog in Schleswig und in Holstein war der dänische König, ohne dass diese Gebiete zum dänischen Königreich gehörten. Holstein war Mitglied des Deutschen Bundes, Schleswig nicht; Nordschleswig war überwiegend von Dänen bewohnt. Diese Lage führte zu einem Streit zwischen der dänischen und der deutschen Nationalbewegung insbesondere um Schleswig; beide Nationalbewegungen reklamierten dieses Gebiet für sich. Im Auftrag der Nationalversammlung besetzte Preußen 1848 die Herzogtümer, wurde aber durch den Protest Russlands und Englands zum Rückzug veranlasst (Waffenstillstand von Malmö, August 1848). Die Debatte der Nationalversammlung über die Anerkennung dieses Waffenstillstands riss tiefe Gräben zwischen Liberalen und Demokraten auf; für die Linke ging es

letztlich um die Frage, ob die preußische Regierung oder die Frankfurter Nationalversammlung die Macht in Deutschland hatte, für die Liberalen im Umkehrschluss darum, inwieweit die Nationalversammlung zur Vereinbarung mit den Monarchen fähig war. Der knappe Mehrheitsentscheidung für die Anerkennung des Waffenstillstands in der Paulskirche folgten blutige demokratische Unruhen auf den Straßen Frankfurts; zwei konservative Abgeordnete wurden ermordet; hessisches und preußisches Militär musste die Nationalversammlung vor diesen Anhängern einer zweiten Revolution schützen und die Ruhe wieder herstellen.

Diesen Ereignissen folgte noch im September einer zweiter radikaler Putschversuch in Baden (**Struve-Aufstand**).

Dem Menetekel der Frankfurter Septembertage folgte der **Sieg der Konterrevolution im Herbst 1848** in Preußen und Österreich: Im **Oktober** eroberte die kaiserliche Armee kriegsmäßig **Wien** zurück, nachdem sie schon tschechische bzw. italienische Aufstände niedergeschlagen hatte. Wie sehr die österreichische Führung es sich leisten konnte, die Paulskirche zu missachten, zeigt die demonstrative Erschießung des nach Wien entsandten Reichskommissars Robert Blum, eines der volkstümlichsten Führers der Demokraten. Im **November** marschierte die preußische Armee kampflos in **Berlin** ein, die— reichlich radikale— „preußische Nationalversammlung“ in Berlin wurde vom König aufgelöst; Friedrich Wilhelm oktroyierte von sich aus in den folgenden Jahren eine preußische Verfassung.

Die Unruhe seit den Septembertagen führte in vielen Gebieten Deutschlands aber zu **Fortschritten bei der Organisation der Öffentlichkeit**. Während vor 1848 alle politische Vereinigungen verboten waren, bildeten jetzt vor allem die Demokraten verbreitet **örtliche Vereine**, die sich sogar deutschlandweit

zum „Centralmärzverein“ zusammenschlossen – der Beginn des Zeitalters der Massenpolitisierung und der Mitgliederparteien auf gesamtdeutscher Ebene.

Über all dem war die Paulskirche im Dezember 1848 endlich mit dem **Grundrechtsteil der künftigen Verfassung** fertig, den sie vorab veröffentlichte – immerhin die **erste deutsche Menschenrechtserklärung**. Die Verfassung warf im Folgenden kaum lösbare Probleme auf:

**Frage der Staatsform** (Republik? Wahlmonarchie? Erbmonarchie?), — der **Herrschaftslegitimation** (Volkssouveränität oder zwischen Fürsten und Nationalversammlung „vereinbarte“ Souveränität?)— des **Wahlrechts** (allgemein/gleich oder nur die „selbständigen“ Bürger?)

des **Verhältnisses zu Österreich** („**großdeutsch**“: mit Österreich — aber was macht man mit den nichtdeutschen Gebieten Österreichs? Eine Einbeziehung des nichtdeutschen Gebiete jenseits der bisherigen Bundesgrenzen lehnten alle außer den Österreichern selbst ab, die Aufnahme bloß der deutschen Gebiete Österreichs wiederum lehnte Österreich ab, weil es —

zu Recht — die Gefahr der Spaltung und des Zerfalls sah. So blieb nur die „**kleindeutsche**“ Lösung, die kleineren Staaten ohne Österreich unter der Führung Preußens zu vereinigen),

- des Staatsgebietes und des Verhältnisses zu nichtdeutschen Minderheiten: Konflikte mit Dänen (s.o.), Tschechen (um den Einbezug Böhmens und Mährens in das Reich), mit Polen in der preußischen Provinz Posen, mit Italienern um die Zugehörigkeit des Trentinos zum Reich.

Im **März 1849** waren **Kompromisse gefunden**, die **Reichsverfassung wurde mehrheitlich verabschiedet**; der **preußische König Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser gewählt**, was die **kleindeutsche Lösung** festschreibt.

**April 1849: Der preußische König**

**lehnte jedoch diese Krone ab**: Er wollte von seinen fürstlichen Standesgenossen zum Kaiser gemacht werden, nicht von der Revolution und dem Volk. Die liberale Mehrheit der Nationalversammlung ging daraufhin entmutigt auseinander, ein linker Rest sammelte sich im „Stuttgarter Rumpfparlament“, bis die württembergische Regierung dieses auflöste.

Im **Mai 1849** die „**Reichsverfassungskampagne**“: demokratische Aufstände, die die **Anerkennung der Reichsverfassung erzwingen** wollten, in Dresden, der bayerischen Pfalz und in Baden. Die Aufstände in Dresden und in der Pfalz wurden von der preußischen Armee noch im Mai niedergeschlagen, während in Baden für nicht ganz drei Monate die Installation einer demokratisch-republikanischen Regierung gelang. Mit der Niederlage der badischen Volkswehr gegen die preußische Invasionsarmee, endgültig bei der Kapitulation der Festung Rastatt (23. Juli 1849), ist die Revolution in Deutschland endgültig **g e s c h e i t e r t**. Zu einer **Nationalstaatsgründung, der Herstellung von Rechtsstaat und Demokratie von unten war es 1848/49 in Deutschland nicht gekommen**. Es folgte eine Periode der Unterdrückung, der Todesurteile und Gefängnisstrafen, der Pressezensur, der Flucht und Auswanderung vieler politisch Verfolgter.

Dieser Katastrophe auf nationaler Ebene stehen jedoch eine Reihe **bleibender Erfolge auf der Ebene der Einzelstaaten** gegenüber: Die **Bauernbefreiung kam zum Abschluss**, das **Wahlrecht wurde verbessert**, fast alle Staaten hatten nun **moderne Parlamente** statt der bisherigen ständischen Versammlungen, um nur einiges zu nennen. Vor allem war **Preußen nun eine konstitutionelle Monarchie**, eine wichtige Voraussetzung für die Reichsgründung von 1871. Letztere ist auch insofern eine späte Wirkung der Revolution von 1848, als sie nicht denkbar ist ohne die

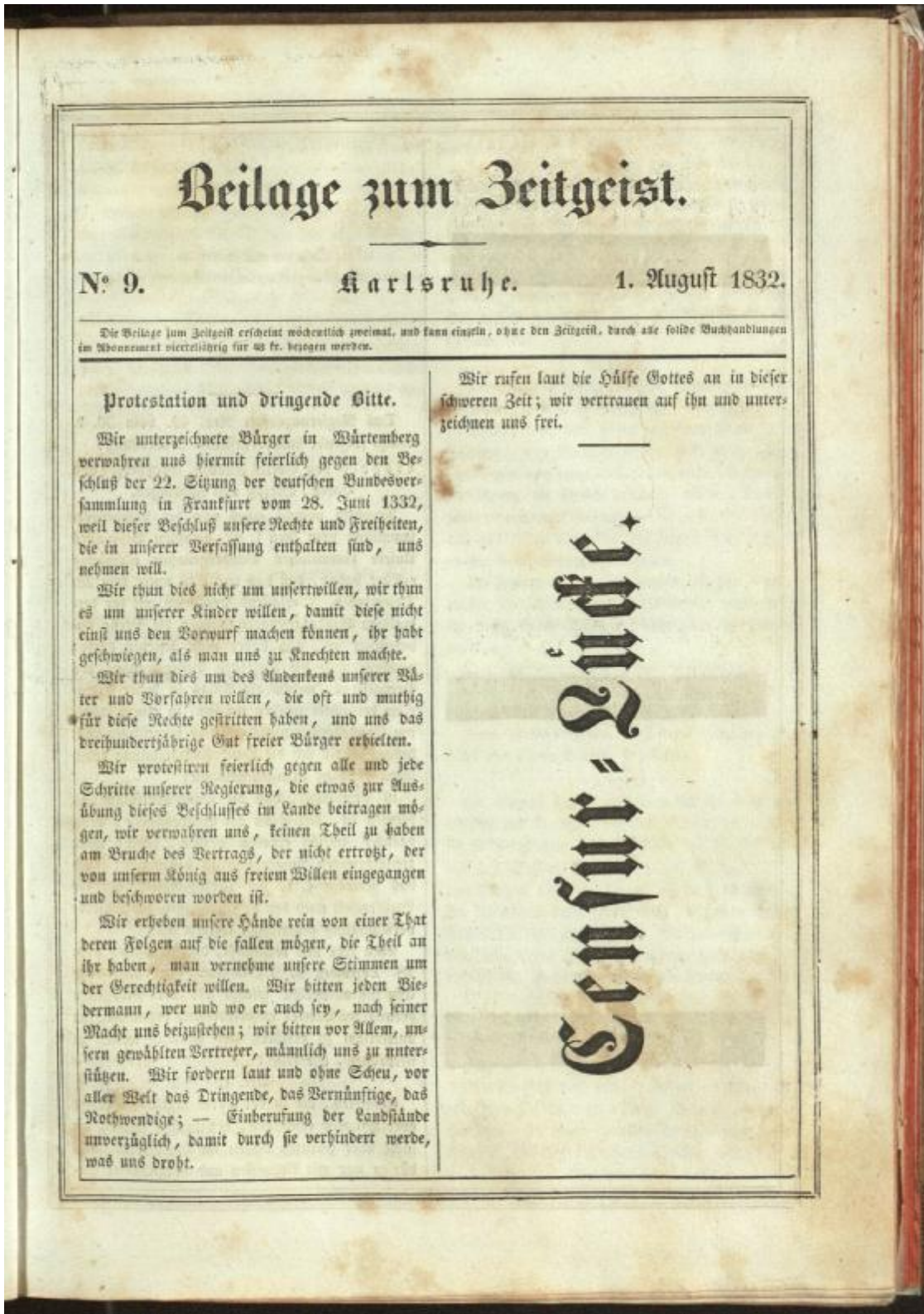
**Massenpolitisierung** in ihrem Gefolge (vgl. z. B. Centralmärzverein); ohne das seit 1848 unauslöschliche Zusammengehörigkeitsgefühl vieler Deutscher. Die Ereignisse von 1848/49 sind so Bestandteile einer nachdrückliche **nationalen Kommunikationsrevolution**. Nach einer – kurzen – Periode der Unterdrückung stand Ende der 1850-er Jahre die Frage von Freiheit und Einheit wieder auf der deutschen Tagesordnung, und zwar drängender denn je. Nun *musste* eine Lösung dafür gefunden werden. So markiert die

Revolution von 1848 trotz ihres Scheiterns einen **Markstein in der Vorgeschichte der Gründung des deutschen Nationalstaats**. Mit der Wahl des **ersten gesamtdeutschen Parlaments, der ersten deutschen Menschenrechtserklärung und der Ausarbeitung einer ersten liberalen und rechtsstaatlichen Verfassung** gehört die Revolution außerdem zur **Vorgeschichte moderner deutscher Demokratie**. Wie lebendig die Erinnerung daran ist, hat nicht zuletzt die Fülle der Gedenkveranstaltungen im Jahr 1998 bewiesen.

**Johann Baptist Pflug: Der Pfarrer liest die Zeitung vor**



© *Museum Biberach an der Riß*



# Beilage zum Zeitgeist.

Nº 9.

Karlsruhe.

1. August 1832.

Die Beilage zum Zeitgeist erscheint wöchentlich zweimal, und kann einzeln, ohne den Zeitgeist, durch alle solche Buchhandlungen im Monarchie reichlich für 48 kr. bezogen werden.

## Protestation und Dringende Bitte.

Wir unterzeichnete Bürger in Württemberg verwahren uns hiermit feierlich gegen den Beschluß der 22. Sitzung der deutschen Bundesversammlung in Frankfurt vom 28. Juni 1832, weil dieser Beschluß unsere Rechte und Freiheiten, die in unserer Verfassung enthalten sind, uns nehmen will.

Wir thun dies nicht um unsertwillen, wir thun es um unserer Kinder willen, damit diese nicht einst uns den Vorwurf machen können, ihr habt geschwiegen, als man uns zu Knechten machte.

Wir thun dies um des Andenkens unserer Väter und Vorfahren willen, die oft und muthig für diese Rechte gestritten haben, und uns das dreihundertjährige Gut freier Bürger erhielten.

Wir protestiren feierlich gegen alle und jede Schritte unserer Regierung, die etwas zur Ausübung dieses Beschlusses im Lande beitragen mögen, wir verwahren uns, keinen Theil zu haben am Bruche des Vertrags, der nicht ertrozt, der von unserm König aus freiem Willen eingegangen und beschworen worden ist.

Wir erheben unsere Hände rein von einer That deren Folgen auf die fallen mögen, die Theil an ihr haben, man vernehme unsere Stimmen um der Gerechtigkeit willen. Wir bitten jeden Biedermann, wer und wo er auch sey, nach seiner Macht uns beizustehen; wir bitten vor Allem, unsern gewählten Vertreter, männlich uns zu unterstützen. Wir fordern laut und ohne Scheu, vor aller Welt das Dringende, das Vernünftige, das Nothwendige; — Einberufung der Landstände unverzüglich, damit durch sie verhindert werde, was uns droht.

Wir rufen laut die Hülfe Gottes an in dieser schweren Zeit; wir vertrauen auf ihn und unterzeichnen uns frei.

Sensur = Zude.

Der „Zeitgeist“ war ein liberales Blatt, das während der kurzen Phase badischer Pressefreiheit im Februar 1832 projektiert wurde und später ständig mit der Pressezensur zu tun hatte, weshalb das Erscheinen 1834 wieder eingestellt wurde. Herausgeber war der junge Karl Marthy, damals ein Rotteck-Protegé, in den 1860-er Jahren liberaler Ministerpräsident in Baden.



## ► Aufgaben

1. Zu dem Bild von Johann Baptist Pflug: Der Pfarrer liest die Zeitung vor: Überlegen Sie, welchen Berufen, sozialen Schichten u. Ä. die dargestellten Personen jeweils zugeordnet werden könnten! Versuchen Sie dabei auch, den dargestellten Vorgang aus den Bedingungen der Zeit zu erklären.
2. Klären Sie die Bedeutung des Pressewesens und der Pressefreiheit für die liberale und demokratische Bewegung unter den Bedingungen der Zeit vor 1848! Beachten Sie dabei u. a., welche Medien damals zur Verfügung standen, und an welche Bevölkerungsschichten sie sich richteten. Erschließen Sie in diesem Zusammenhang die Bedeutung des in dem von Johann Baptist Pflug dargestellten Vorgangs.
3. Zu dem Titelblatt der Zeitschrift „Der Zeitgeist“:
  - a) Rekonstruieren Sie, wie es zu einer solchen von der Redaktion eingerückten „Censur-Lücke“ kam.
  - b) Überlegen Sie, welche Wirkungen diese „Censur-Lücke“ auf den Leser haben konnte.

### Stichpunkte für die Lösung:

1. *u.U. im Mittelpunkt sitzend: Wirt, Lehrer (mit anderer Zeitung), dahinter vermutlich Bauern; Frauen ebenfalls anwesend. Das Bild verweist auf das (Dorf-) Gasthaus als zentralen Ort auch für die Verbreitung der Inhalte von Druckmedien, auch für Analphabeten, durch das Halten von (teueren) Zeitschriften-Abonnements, die Gesprächssituation und die Anwesenheit lesekundiger Honoratioren wie dem Pfarrer; daraus ergibt sich auch deren politische Mittlerfunktion.*
2. *Aufgrund des Fehlens von anderen Medien bzw. dem Verbot von Vereinen, auch der Schwierigkeit persönlicher Begegnung vor dem Eisenbahnzeitalter usw. sind Presse und Pressefreiheit die entscheidenden Mittel, politische Meinungen und überhaupt politische Betätigung zu verbreiten. Des halb die zentrale Rolle des Begriffs „Pressfreiheit“ im Vormärz. Druckmedien richten sich in erster Linie an Gebildete, dann aber auch an alle, die lesen können; der in 2. 1. dargestellte Vorgang zeigt, dass über das Gasthaus mit den abonnierten Zeitungen und das Vorlesen auch ärmere bzw. noch nicht literarisierte Schichten, auch die bäuerliche Bevölkerung mit einbezogen werden konnte.*
3.
  - a) *Vorzensur, Herausstreichen missliebiger Meinungen durch den Zensor*
  - b) *Die Censurlücke verdeutlicht die Unterdrückung möglicherweise mehr als die Worte, die an dieser Stelle gestrichen wurden. Deshalb wurde das Kenntlichmachen der Censurlücken auch bald verboten.*